

Libanon: Religiöse Organisationen unterdrücken queere Menschen

Rund um den Pride Month forderte der libanesische Innenminister von seinen Sicherheitskräften ein hartes Vorgehen gegen LGBTI+ Events. Noch 2017 veranstaltete Beirut die erste Pride im arabischen Raum, doch seither wird wieder vermehrt gegen die Community vorgegangen.

Die LGBTI+ Community hat einen enorm schweren Stand im arabischen Raum. Die meisten Länder verbieten Homosexualität bis hin zu massiven Strafen, und in jenen Ländern, welche keine expliziten Gesetze gegen gleichgeschlechtliche Aktivitäten kennen, werden queere Menschen gesellschaftlich trotzdem absolut ausgegrenzt oder gar verfolgt.

Der Libanon galt lange als sicherer Hafen für die LGBTI+ im arabischen Raum und er war auch bekannt für seine lebendige Community, obwohl auch hier Homosexualität mit bis zu einem Jahr Haft bestraft werden kann. Doch es gab auch Bestrebungen, Homosexualität zu legalisieren. Im Jahr 2017 konnte sogar erstmals eine Pride durchgeführt werden, die erste überhaupt im arabischen Raum, wenn auch nicht mit einer Demonstration auf der Strasse, sondern eher etwas versteckt in geschlossenen Lokalen.

Seither hat sich die Situation aber wieder verschärft für die LGBTI+ Community im Land. Die Pride wurde stets verboten insbesondere da religiöse Organisationen und Gruppierungen mächtig Druck auf die Regierung ausübten.

Das Innenministerium hat nun verlauten lassen, dass Innenminister Bassam Mawlawi die Geheimdienste und die Sicherheitskräfte für die innere Sicherheit angewiesen hat, LGBTI+ Events nicht zu tolerieren und hart dagegen vorzugehen. Diese Anlässe würden sexuelle Perversionen fördern. Er reagiert dabei auf ein Schreiben der Religionsbehörde, welche die „weitere Verbreitung dieses Phänomens“ ablehne. Die Mitteilung von Mawlawi sei aber rechtlich nicht bindend, erklärte hingegen die Organisation Seeds for Legal Initiatives, da er mit seiner Anweisung die Verfassung und die Rechtsnorm breche.

In einer separaten Stellungnahme meldete sich auch Grossmufti Scheich Abdul Latif Derian, der oberste, sunnitische Geistliche des Landes, zu Wort und erklärte, dass das Land die Legalisierung von Homosexualität nie erlauben werde.

Weshalb sich die Politik aktuell wieder auf queere Menschen einschiesst, liegt für einige LGBTI+ Organisationen auf der Hand: Die Währung hat 90 Prozent an Wert verloren, die Wirtschaft liegt am Boden und fast drei Viertel der Bevölkerung lebt in Armut, also brauchen einige Politiker:innen nun die LGBTI+ Community, um von den wahren Problemen abzulenken. Dies sei erschreckend, denn seit der Krise habe der LGBTI+ feindliche Ton stark zugenommen und in Beirut gebe es nur noch ganz wenige Orte, wo sich queere Menschen mit Problemen hinwenden können.

Ans Aufgeben denkt die lokale Community allerdings nicht und zeigt sich kämpferisch, etwa mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen um auf ihre Anliegen und ihre Situation aufmerksam zu machen. So formten sie etwa mit verschiedenfarbigen Blumen einen grossen Regenbogen. Dieser wurde jedoch innert weniger Tagen von christlichen Organisationen zerstört, doch die dafür verantwortlichen LGBTI+ Aktivist:innen wollen deswegen nicht aufgeben um für ihre Rechte und ihre Anliegen einzustehen: Man habe weiterhin die Hoffnung auf eine Zukunft in Gleichberechtigung.